

Nachnutzung Tegel	2
Armutszeugnis der BVV	
Thema: Integration	3
Schluss mit Stammtischniveau!	

## Gerecht geht anders, Herr Steffel.

Offener Brief von Yusuf Dogan, DIE LINKE an Dr. Frank Steffel (CDU), MdB

Sehr geehrter Herr Dr. Steffel,  
vor einem Jahr wurden Sie in Reinickendorf als Abgeordneter in den 17. Deutschen Bundestag gewählt. Sie waren stolz auf das berlinweit beste CDU-Ergebnis. Auf Ihrer Homepage erheben Sie den Anspruch „Ich bin Ihr Vertreter im Deutschen Bundestag.“ Fakt ist: 132 558 von 183 112 wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern unseres Bezirkes hatten Ihnen nicht ihre Stimme gegeben. Ich auch nicht. Sie vertreten mich nicht.

Ihr Wirken im Bundestag im vergangenen Jahr gibt mir keinen Anlass, meine Meinung zu ändern. Ihre Bilanz nach einem Jahr, Herr Abgeordneter, ist schlecht.



### Anspruch und Wirklichkeit

Sie erklären: „Unser Land ist gut durch die weltweite Krise gekommen“. Im Bundestag fordern Sie: „Wir müssen zeigen, dass wir die richtigen Lehren aus der Krise gezogen haben“. Die Realität: Statt ihre Ursachen zu bekämpfen, statt das Casino zu schließen und die Zockerinstrumente zu verbieten, hat Schwarz-Gelb den Banken Milliarden an Steuergeldern über den Tisch geschoben. Das Ergebnis: 51 000 Vermögensmillionäre mehr als vor einem Jahr, insgesamt 861 000. Die Banker verdienen wieder gut, die Boni flutschen prächtig.

Der Skandal: Diejenigen, die die Krise verursacht haben und reicher geworden sind, müssen nicht einen einzigen Cent bezahlen. Zur Kasse gebeten werden vor allem Arbeitnehmer und Erwerbslose, Kranke und Rentner, Familien, Geringverdiener, ja, auch Ihre berühmte „Omi mit dem Sparbuch“.

### Sozialpolitischer Irrweg

Nach dem Motto „Dürfen es noch ein paar Millionen mehr sein?“ hässeln CDU/CSU und FDP die Hotelbesitzer, die Pharmakonzerne, private Krankenversicherungen und die Stromkonzerne. Gleichzeitig will Schwarz-Gelb das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger streichen, die Beiträge für die Krankenversicherung und die Zuzahlungen erhöhen, notwendige Leistungen für die Kommunen kürzen. Dieser Raubzug durch die Geldbörsen von Gering- und Normalverdienern, das „Sparpaket“, findet leider Ihre Rechtfertigung und Zustimmung. Was ist daran sozial ausgewogen, wie Sie zu erklären belieben, Herr Steffel? Die Folgen dieser Politik sind auch in Ihrem Wahlkreis nicht mehr zu übersehen.

### Verhöhnung

Es kommt noch schlimmer. Künftig hat ein Hartz-IV-Empfänger fünf Euro im Monat mehr in der Tasche. Die Regelsätze für Kinder sollen nicht einmal erhöht werden. Das ist erbärmlich. Damit werden sieben Millionen Menschen, darunter 1,7 Millionen der unter 18-Jährigen, „abgehängt“. Und Sie, Herr Steffel, plaudern gleichzeitig ungeniert über „die Zukunft unserer Kinder“, unser „wichtigstes Gut“.

Welcher Hohn, wenn man die konkrete Politik der Bundesregierung vor Augen hat!

Herr Abgeordneter, Sie klopfen sich gern auf die Schulter, Sie würden „die wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen aus der Praxis und nicht nur theoretisch kennen“. Skype-Sprechstunden reichen aber nicht aus, ein zuverlässiges Bild von der Lebenswirklichkeit nicht weniger Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Die Reinickendorfer LINKE steht regelmäßig vorm JobCenter in der Mirastraße. Ich lade Sie ein: Haben Sie den Mut und stellen Sie sich den Opfern Ihrer Politik!

Yusuf Dogan, Bezirksvorsitzender  
der LINKEN Reinickendorf

Foto:  
Lutz Dühr

Auf der Demo  
am 29. September  
gegen das  
„Sparpaket“ der  
Bundesregierung



# Nachnutzungsvakuum in der BVV

## Politisches Armutszeugnis zu Tegel beschlossen

Die Katze ist aus dem Sack. Die Antwort von Bezirksbaustadtrat Lambert (CDU) in der September-BVV und die anschließende Diskussion zur Großen Anfrage der CDU bezüglich der aktuellen Entwicklung zur „Nachnutzung Flughafen Tegel“ war eindeutig. Entgegen den bisherigen Aussagen im Positionspapier des Bezirksamtes, strebt die CDU - und selbstverständlich die FDP - offenbar an, die Nachnutzung von Tegel dem „freien Spiel des Marktes“ zu überlassen. Oberste Priorität soll die schnelle Nutzung des Areals haben. Eine Reinickendorfer Speditionsfirma sei ihm lieber als ein Solarbetrieb in zehn Jahren, so Lambert in der BVV. Arbeitsplätze über alles. Internationale Unternehmen sollen zur Ansiedlung ermuntert werden.

### Ökologie vs. Markt?

Ja, was denn nun? Ökologische Innovationen und Entwicklungen fördern oder alles, was kommt, darf etwas machen, egal was. Die FDP will überhaupt „keine Vorgaben“, fordert die schnelle industrielle Nutzung des Areals. Kann so, ohne politische Steuerung, den klimapolitischen Anforderungen Rechnung getragen werden? Wohl kaum. Für „Angebot und Nachfrage“ spielt die Erderwärmung keine Rolle, wenn genügend Profit winkt. Die 5-Prozent-FDP hat nach wie vor kein Gespür für die wichtigen Fragen der Zeit.

### Falsches Spiel

Und wieder einmal wird deutlich: Die Reinickendorfer CDU spielt ein falsches Spiel. Mit der BVV, dem Se-

nat, den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk. Die SPD hatte einen umfangreichen Antrag mit Nutzungs- und Entwicklungsempfehlungen eingebracht. Statt sich über Reinickendorfer Interessen zu verständigen, wurde eine nichtssagende Empfehlung an das Bezirksamt beschlossen, sich gegenüber dem Senat für die Reinickendorfer Interessen (*welche denn?*) und den Erhalt des ÖPNV im Bereich Flughafen Tegel einzusetzen. Das klingt nicht wirklich richtungsweisend, ist ein weiteres Armutszeugnis für die BVV.

Erstaunlich, dass auch B90/Die Grünen für den Antrag stimmten. Nur „Grün gegen Gewerbe“ zu setzen, ist politisch schwach und setzt keine wirklichen Akzente.

### Heuchlerische Solidarität

Nach wie vor würde die FDP niemals der Schließung von Tegel zustimmen, erklärte ihr Fraktionsvorsitzender. Das klingt zunehmend lächerlich und ist heuchlerisch. Im Süden von Berlin solidarisiert sich die Partei, gemeinsam mit der CDU, mit dem Widerstand gegen die geplanten Flugrouten über das Stadtgebiet. Im Norden von Berlin war das jahrelang offenbar nicht sehr schlimm und würde, folgt man dieser Logik, auch weiter zu ertragen sein. So geht's doch wohl nicht.

### Cité Pasteur mit Bestandsschutz

Etwas Gutes wurde trotzdem berichtet. Der Erhalt der Cité Pasteur scheint vorerst, zumindest für zehn Jahre, per Bestandsschutz gesichert. Zumindest hat das BA dies bei der Senatsverwaltung angeregt.

Die LINKE wirkt eben auch in Reinickendorf. *Horst Jusch*

quote in Reinickendorf 15,4 Prozent, womit unser Bezirk - wie nun schon seit April 2009 - an 9. bzw. 10. Stelle unter den 12 Berliner Bezirken steht.

In der BVV für Wirtschaftsstadtrat Lambert (CDU) nur eine Frage der Berechnungsbasis: Es gäbe in Reinickendorf nun mal viele alte Leute. Ansonsten nur Erfreuliches dank einer „klugen Arbeitsmarktpolitik“ von Frau Merkel und eines „gut geführten Bezirksamtes“. Die Dialektik à la CDU erschließt sich nicht jedem: Weit hinten kann manchmal auch oben sein, wenn man - wie die CDU - auf dem Kopf steht. *K. Gloede*

## BVV-Splitter

44. Sitzung, 8.9.2010

Die CDU-Fraktion erscheint mit gelben Schleifen am Revers. Sonst ungehalten über jegliche Art von Symbolpolitik in der BVV, halten Balzer, Schultze-Berndt und Co. es für angebracht, ihre „Solidarität mit den im Auslandseinsatz befindlichen Bundeswehrkräften“ symbolisch zu bekunden. Der BVV-Vorsteher, aber auch die Fraktionen von SPD, B90/Grüne, FDP und die Einzelverordneten lassen diese fragwürdige Demonstration unkommentiert.

Beate Orth und Yusuf Dogan von der LINKEN Reinickendorf werfen in **Einwohnerfragen** wichtige Themen der sozialpolitischen Entwicklung unseres Bezirkes auf.

Debattiert wird u. a. die „**Abgabe der bezirklichen Einrichtung „Hansa-Haus“ in Kühlungsborn zum Zwecke des Verkaufs**“ (*Drs.-Nr.: 1214/XVIII*). Das BA hält die Aufgabe der Übernachtungsstätte direkt am Ostseestrand, die in den vergangenen Jahren von Familien mit geringem Einkommen, Schulklassen, Kitagruppen, Sportvereinen genutzt wurde, angesichts der „*Kostensituation und der in den nächsten Haushaltsjahren zu erwartenden Einsparvorgaben des Landes und unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung des Bezirks Haushaltes*“ für „*nicht mehr vermeidbar*“. Die CDU lobt Jugendstadtrat Senftleben (SPD) dafür, dass sich das Jugendamt der Realität stelle. Die SPD wendet sich gegen das alleinige „fiskalische Denken“ und fordert, vor der Übertragung an den Liegenschaftsfonds alle Alternativen zu prüfen, wie bei einem Verkauf die soziale Zweckbindung der Einrichtung erhalten werden könne. Mit diesem Ziel war zuvor im Jugendhilfeausschuss beschlossen worden, die Entscheidung bis zum 31. Oktober 2010 zu vertagen, um einem Freien Träger die Möglichkeit zu geben, einen Vorschlag vorzulegen. Aber CDU und FDP wollten nicht.

Eine Große Anfrage der CDU zur „**Nachnutzung Flughafen Tegel**“ (*Drs.-Nr.: 1201/XVIII*) gibt Bezirksstadtrat Lambert Gelegenheit, sich selbst auf die Schultern zu klopfen. Die Hauptsorge von BA und BVV: Reinickendorfer Interessen könnten „*bei der zukünftigen Anbindung des Flughafenareals Tegel*“ auf der Strecke bleiben (s. Artikel links).

*Friedrich Wilhelm*



Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter:

[www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales/](http://www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales/)

## Wo ist oben?

Wie einst Frau Wanjura wiederholte ihr Nachfolger als Bezirksbürgermeister dieser Tage den Anspruch: „*Ich möchte dazu beitragen, dass Reinickendorf nicht nur regional ganz oben bleibt.*“ Prima!

Im August stellte Frank Balzer eine neue „Reinickendorf-Broschüre“ vor. Der Leser erfährt darin u.a., dass Reinickendorf „*einer der wenigen Bezirke (ist), der eine niedrige Arbeitslosenquote aufweist.*“ Der Monatsbericht der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg wusste das naturgemäß genauer: Im August 2010 betrug die offizielle Arbeitslosen-

# „Der Neue“ auf Stammtischniveau Burkard Dregger (CDU) „voll daneben“

Burkard Dregger gilt als neuer Vordenker der Berliner CDU? Was hat das Mitglied des Landesvorstandes und Mitautor des Berliner CDU-Integrationskonzeptes „Gemeinsinn und Leistung“ denn an Neuem so zu bieten? Eine Kostprobe durfte er in der „Frohnauer Runde“ im „Casinoturm“ zum wichtigsten Thema der letzten Wochen in Deutschland bieten: „Hat Sarrazin Recht?“

Herr Dregger, folgt man Ihnen, hat Sarrazin mehr als Recht. Denn er erweise der Nation einen großen Dienst, indem er - endlich - die Finger in die Wunden lege und Klartext rede. Klartext sei schließlich auch die Sprache der Berliner Union!

### Experte - wofür?

Nun sind Sie, Herr Dregger, „anerkannter Experte für Integration“. Sprechen Sie über das Thema Integration, erzählen Sie stolz von den Özils und Khediras, die das „neue Gesicht“ der Nationalmannschaft während der Fußball-WM in Südafrika geprägt haben, oder von Herrn Bassal, der eine 22 Meter hohe Deutschlandflagge über seinem Geschäft in der Neuköllner Sonnenallee hängen hatte. Ihrer Ansicht nach ein Indiz für die Identifikation mit der deutschen Kultur.

Definiert sich Identifikation wirklich nur über Fußball?

Ist es nicht sinnvoller, die Identifikation der Migranten mit der deutschen Kultur dadurch zu för-

*dern, indem man ihnen eine verbesserte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben ermöglicht? Doch den Nicht-EU-Ausländern, die seit Jahren in Deutschland leben und arbeiten, Steuern zahlen und hier ihren Lebensmittelpunkt haben, zumindest das kommunale Wahlrecht einzuräumen, ziehen sie nicht mal in Betracht. Nein, Sie sagen: „Wollen wir wirklich die Geschicke unseres Volkes in die Hände von Ausländern geben? Wo leben wir denn hier?! Was wären denn das für Zustände? Wir wollen doch schließlich kein Chaos!“*

### Integration bitte zu Lebzeiten

Als „Experte“ haben Sie natürlich auch vor, sich das Integrations- und Partizipationsgesetz des rot-roten Senats „vorzuknöpfen“. Dieser „pure Unfug“ sei dazu geeignet, Migrantenvereinen einzureden, man würde etwas für sie tun, ziele aber in seinem Inhalt nur darauf ab, „Muslimen das Begräbnis in Leinen säcken zu ermöglichen“. Warum denn keine Särge, wie wir es im christlichen Abendland gewohnt seien, fragen Sie. Ihre eigene Antwort, weil es vielleicht in Arabien nicht genug Holz gebe, erreicht leider nur unterstes Stammtischniveau.

Burkard Dregger passt zur Reinickendorfer CDU: Er soll bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2011 ihr Spitzenkandidat werden.

Yusuf Dogan

## Aus dem Beirat für Frauen und Mädchen im Bezirk Reinickendorf

### Balzer bekam Feuer

Als Gast der Sitzung des Beirats am 24. August wurde Bezirksbürgermeister Frank Balzer (CDU) begrüßt. Der wichtigste Tagesordnungspunkt widmete sich der Frage, ob denn wohl auch Reinickendorf eine(n) Integrationsbeauftragte(n) brauchen würde.

Balzer vertrat weiterhin die These, der Entwurf des Senats für ein Integrationsgesetz sei zur Lösung der Probleme ungeeignet. Angeblich sollen künftig bei Einstellungen im Öffentlichen Dienst nicht mehr der Leistungsgedanke oder die dienstliche Beurteilung, sondern die Mehrsprachigkeit im Vordergrund stehen.

Er habe in zwölf Jahren im Bezirksamt noch nie erlebt, dass je-

mand eine(n) Integrationsbeauftragte(n) gefordert habe. Integration werde von Bezirksamt und Sportvereinen ausreichend geleistet.

Dem Bürgermeister wurde allerdings heftig widersprochen. Die Frauenbeauftragte Frau Kowas stellte fest, dass bei ihr durchaus Anfragen nach Integrationsbeauftragten ankommen. Auch die Erfahrungen der Projekte sind völlig andere. Besonders Migrantinnen würden große Barrieren empfinden.

Kritik an Balzers Ausführungen übte auch die Reinickendorfer Superintendentin Frau Hornschuh-Böhm. Sie hält eine(n) Integrationsbeauftragte(n) für notwendig und die Vorsitzende Frau Steyer-Fontana stellte an dieser Stelle eine übereinstimmende Meinung des Beirats fest.

Beate Orth

## Neues Gesetz zur Integration und Partizipation

Der rot-rote Senat hat ein „Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration“ zur Verabschiedung im Abgeordnetenhaus vorgelegt. Eine verbesserte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund soll damit eine gesetzliche Grundlage erhalten, die von vielen migrantischen Vereinigungen, Initiativen und Einzelpersonen unterstützt wird.

Der Reinickendorfer Bezirksbürgermeister Frank Balzer (CDU) dagegen hatte sich im Rat der Bürgermeister dafür eingesetzt, dass der Gesetzentwurf dort mehrheitlich abgelehnt wurde.

## Zwischenruf

Liebe Lehrerinnen und Lehrer in Reinickendorf-Ost, Wedding, Moabit, Kreuzberg und Neukölln!

Zweifelt nicht länger an Euren pädagogischen Fähigkeiten, wenn Hassan immer noch nicht begriffen hat, was ein Relativsatz ist und wenn Gülay immer noch nicht die Wurzel aus 16 ziehen kann. Es liegt nämlich nicht an Euch. Diesen Schülern fehlt einfach das Gen, das sie befähigt, solche Fertigkeiten zu erlernen.

Pünktlich zum Beginn des Schuljahres erschien das langersehnte Buch des ehemaligen Berliner Finanzsenators, der eigentlich Schulsenator werden wollte, in dem er die Lehrer von jeglicher Schuld freispricht, wenn all diese Schüler mit Migrationshintergrund mangels ausreichender Bildung die Hartz IV-„Karriere“ erwartet.

Denn Förderprogramme sind nur rausgeschmissenes Geld. Warum soll man denn etwas fördern, was ja gar nicht vorhanden ist? Das Geld könnte viel besser für lohnendere Projekte, wie den Wiederaufbau des Stadtschlösses verwendet werden.

Nebenbei: Was ist eigentlich mit Kindern aus gemischten Verbindungen? Haben diese Kinder ein halbes Gen?

Keine Sorge, der Buchautor, inzwischen weder Senator, noch Vorstand der Bundesbank, hat jetzt viel Zeit und wird sich sicherlich in der Fortsetzung seines Buches mit dieser Problematik befassen. Vielleicht zu Beginn des nächsten Schuljahres? *a/*

Mehr Infos unter:

[www.berlin.de/  
lb/intmig/  
partizipationsgesetz\\_  
berlin.html](http://www.berlin.de/lb/intmig/partizipationsgesetz_berlin.html)

und

[www.berlin.de/  
ba-reinickendorf/  
abteilung/jugfam/  
veroeffentlichungen\\_  
frauenbeirat.html](http://www.berlin.de/ba-reinickendorf/abteilung/jugfam/veroeffentlichungen_frauenbeirat.html)

